empfiehlt in Drucksache 16/4596, den Gesetzentwurf Drucksache 16/3334 unverändert anzunehmen. Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten. Enthält sich ein Abgeordneter seiner Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4596 angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/3334 in zweiter Lesung verabschiedet**.

Ich rufe auf:

9 Gesetz zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3967

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4641

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4653

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/4569 – Neudruck

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Wolf für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Sven Wolf (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne mit einem Zitat von Johannes Rau aus seiner ersten Berliner Rede im Jahr 2000 beginnen.

„Wie wir miteinander leben, das ist eines der wichtigsten Themen überhaupt, wenn wir an die Zukunft unserer Gesellschaft denken.“

Und weiter:

„Wir müssen uns mit diesem Thema beschäftigen, ...

weil es letztlich darum geht, ob wir gemeinsam an einer guten Zukunft für alle arbeiten können.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 1994 gibt es bei uns im Land Ausländerbeiräte. Sie wurden eingeführt und mit initiiert von Johannes Rau. Es haben sich verschiedene Modelle von Integrationsräten und Integrationsausschüssen herausgebildet.

Nun gilt es, diese Entwicklung voranzubringen und fortzuentwickeln.

Ganz besonders freut es mich, dass heute zwei Remscheider in dieser Debatte das Wort ergreifen; denn wir sind eine Stadt mit mehr als 120 verschiedenen Nationalitäten. Ich glaube, eine Integration – das wissen Jutta Velte und ich sehr genau – kann nur dann gelingen, wenn auch politische Mitwirkung möglich ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Jahre 2010 waren zum Beispiel bei uns in Remscheid 13.800 Menschen mit Migrationshintergrund aufgerufen, an der Wahl teilzunehmen. Das sind etwa 12,5 % der Gesamtbevölkerung. Sie sehen also, wie groß die Bedeutung einer gelungenen Integration für uns ist.

Im Großteil der Gemeinden funktioniert eine Verzahnung zwischen dem Rat und den Integrationsausschüssen oder -räten. Es gab aber an der einen oder anderen Stelle auch Änderungs- und Fortentwicklungsbedarf. Der ist hier aufgegriffen worden. Ich teile auch die von Herrn Keltel und Herrn Prof. Bätge vorgetragene Ansichten, dass man hier die Chancengleichheit verbessern sollte. Insbesondere sollte man den Integrationsrat mit einem eigenen Vorsitzenden ausstatten, dem eine höhere Bedeutung zumessen werden sollte.

Das aktive Wahlrecht wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ausgeweitet, ohne übrigens dabei die Aussiedler zu vergessen. In Ihrem Änderungsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, klang ein wenig an, dass die Aussiedler hier angeblich vergessen worden seien. Als Mehrstaatler haben sie natürlich ein Wahlrecht auch bei den Integrationsräten.

Wie gesagt, während des Entwicklungsprozesses seit 1994 hat es immer wieder Rückmeldungen aus der Praxis gegeben. Die sind in diesen Gesetzentwurf eingeflossen. Auch die Empfehlungen des Landesintegrationsrates sind aufgenommen worden.

Ein wichtiger Hinweis: Laut Statistik haben 62 % der Mitglieder in den neu gewählten Ausschüsse diese Aufgabe zum ersten Mal übernommen haben. Daran sieht man sehr deutlich, dass es dort eine sehr hohe Fluktuation gegeben hat. Ich glaube, das ist schon ein Zeichen dafür, dass viele Ausländer, die sich dort engagiert haben, eher frustriert waren und ihre Mandate nicht noch einmal ausgeübt haben.

Ich glaube, das vorliegende Gesetz ist ein ganz wichtiger und entscheidender Schritt hin zu einem echten Wahlrecht für Ausländer in Kommunen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen, dass es mich jetzt unheimlich reizen würde – mit Blick auf die Redezeit ist das aber

kaum möglich –, noch in die rechtliche Diskussion einzusteigen. Die ist nämlich sehr spannend. Sie läuft nämlich gerade in der Literatur und in der Rechtsprechung. Ein paar Stichworte sind in der Anhörung auch genannt worden: Müssen Staatsvolk und Wahlvolk immer zwingend verbunden sein oder kann das auch auseinanderfallen?

Wir haben da eine Entwicklung im europäischen Recht und im Völkerrecht. Das alles sind Aspekte, die man hier ansprechen kann. In einem Punkt muss ich Herrn Prof. Schwarz bezüglich seiner Meinung, die er in der Anhörung vertreten hat, widersprechen. Die teile ich nicht. Er stellt immer darauf ab, dass Staatsvolk und Wahlvolk nicht getrennt werden darf. Wir sprechen hier aber über die kommunale Ebene.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn ich es im Studium richtig gelernt habe, dann ist die Kommune bei uns eben keine Staatsebene.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich plädiere weiterhin dafür, dass wir an dem Modell der Betroffenen-Demokratie arbeiten. Das wäre, glaube ich, ein wichtiges und gutes Signal.

Das vorliegende Gesetz will die Wahlen zum Integrationsrat mit den Kommunalwahlen koppeln. Auch das ist, denke ich, ein sehr wichtiges Signal, um die Wertschätzung und höhere Bedeutung des Integrationsrates herauszustellen. Die Änderungsanträge von FDP und CDU werfen uns ein bisschen Zentralismus vor. Denen können wir natürlich nicht folgen. Wir wollen hier keinen Zentralismus, sondern es geht um die Frage der Verlässlichkeit, dass sich nämlich die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischem Hintergrund sich darauf verlassen können, dass sie in allen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen die gleichen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass dieses Gesetz ein wichtiger Bestandteil zur Weiterentwicklung der Mitwirkung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist. Deswegen werden wir diesem Gesetzesentwurf auch zustimmen. Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf. – für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Integration braucht Beteiligung, und Beteiligung fördert Integration. Deshalb ist es gut, dass wir heute über eine Weiterentwicklung der politischen Beteiligung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen diskutieren.

Es ist unstrittig, dass einige Regelungen, die Sie zur Verbesserung in dem Gesetzesentwurf vorschlagen, durchaus sinnvoll sind. Es gibt aber auch Regelungen, die auf deutlichen Widerspruch bei uns in der CDU-Fraktion stoßen. Dazu gehört die von Ihnen vorgesehene Abschaffung der Integrationsausschüsse

(Beifall von der CDU)

und damit die Abschaffung der Freiheit der Kommune, zu entscheiden, wie sie denn die politische Partizipation in ihrer Stadt aufstellen will.

Unstrittig ist, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die Möglichkeit haben sollen und müssen, Themen, die bewegen, öffentlich zu debattieren.

Sinnvoll ist es auch, das in einer Wahl zu legitimieren. So weit ist alles unstrittig. Ein wichtiges Signal auch aus unserer Sicht ist, dass künftig die Integrationsratswahlen zusammen mit der Kommunalwahl stattfinden. Das hebt noch einmal die Bedeutung der politischen Beteiligung.

Ich komme zurück zum Integrationsausschuss: In der Anhörung waren zwei Vertreter aus zwei verschiedenen Integrationsausschüssen anwesend, die sehr anschaulich verdeutlicht haben, warum sich Ihre Städte für einen Integrationsausschuss entschieden haben und wie positiv dieser Integrationsausschuss wirkt und arbeitet. Sie alle miteinander kennen die Resolution der Stadt Wuppertal – auch mitgetragen von der dortigen SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen –, mit der Sie aufgefordert werden, Integrationsausschüsse als Wahlmöglichkeit im Gesetz zu belassen. Dem folgen Sie hier leider nicht.

Wenn Sie die Begründung der Ratsfraktionen der Stadt Wuppertal nehmen, sehen Sie, dass sich die Stadt Wuppertal – genau wie die 15 anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen – bewusst für einen Integrationsausschuss entschieden hat. Sie haben gesagt: Das entfaltet für uns ein höheres Gewicht, was die Stellung zwischen Rat, Ausschuss und Integrationsrat anbetrifft. Dieses Wahlrecht sollen die Gemeinden aus Sicht der CDU-Fraktion auch behalten.

Ein weiterer Aspekt, den wir aufgreifen möchten und der auch Gegenstand der Anhörung war, betrifft die Frage: Wie gehen wir mit der Fragestellung der Stellvertreter-Regelung um? Herr Wolf, Sie haben das jetzt gerade leider nicht angesprochen.

Wir haben das in unserem Änderungsantrag aufgerufen und versucht, zu verdeutlichen, dass die Einführung von Stellvertretern im Rahmen einer Wahl schwer mit unserem Verständnis der Gemeindeordnung und mit der Auffassung darüber, was ein Mandat auslöst, vereinbar ist. Mandat ist Verpflichtung, für Ratsmitglieder genauso wie für Integrationsratsmitglieder. Deshalb lehnen wir eine Stellvertreterwahl ab. Das stellt aus unserer Sicht einen

Systembruch mit der nordrhein-westfälischen Kommunalverfassung dar.

Abschließend: Wir haben Ihnen in unserem Änderungsantrag dargelegt, dass die Vielfalt in der Gesellschaft von Nordrhein-Westfalen genutzt werden muss. Das ist unbestritten. Die Vielfalt in unseren Städten und Gemeinden ist eine Bereicherung, insbesondere dann, wenn Integration gelingt und man zusammenwirkt, um das Beste für die Stadt, die Gemeinde vor Ort zu bewirken.

Deshalb muss es aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion das Ziel sein, dass sich alle Menschen in unserem Land zugehörig fühlen, auch die mit Zuwanderungshintergrund, dass sie hier ein neues Zuhause finden und im besten Fall eine neue Heimat, wobei Letzteres immer schwierig ist. Es muss im Bestreben aller politischen Parteien und Fraktionen sein, dass sich auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im allgemeinen politischen System engagieren, im Stadtrat, und nicht den Weg über den Integrationsrat wählen. Das wäre der Wunsch der CDU-Fraktion.

Zum Abschluss: Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, mehr Menschen mit Zuwanderungshintergrund für unsere Stadträte und Kreistage zu gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Velte das Wort.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Scharrenbach, wenn Sie von 16 Ausschussgemeinden sprechen und sagen, dass 16 sehr glücklich mit den Ausschüssen seien, dann gestatten Sie mir, dass ich Ihnen ganz kurz widerspreche. Die Stadt Remscheid ist Modellkommune gewesen. Auch dort mehrten sich die Stimmen, die sagen: Wir möchten gerne einen Integrationsrat haben. – Das war im Übrigen schon Thema bei der Entscheidung des Rates. Da haben die Migrantinnen und Migranten demonstriert und gesagt: Wir können selber gehen, wir sind selber stark genug. Wir finden es gut, wenn Ratsmitglieder dabei sind, aber wir möchten die Mehrheit haben und den Ausschussvorsitz stellen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist wichtig, weil es ein Hinweis darauf ist, dass es bei einer Beteiligung auf der einen Seite immer um die Frage der Augenhöhe geht, auf der anderen Seite um die Frage, wer Macht zugesteht und wer Macht nimmt.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Simone Brand [PIRATEN])

Bei Ausschüssen sind die Mehrheitsverhältnisse ganz klar. Der Rat der Stadt, der Kommune hat die Mehrheit. Das heißt, die gewählten Vertreter der Migrantinnen und Migranten hätten strukturell im Prinzip schon im Ausschuss keine Chance, wenn sich der Rat gegen sie stellen würde. Ein Antrag aus dem Ausschuss hätte noch nicht mal eine Chance, in den Rat zu gelangen. Mit der Einrichtung der Integrationsräte wäre das völlig anders, denn mit deren Anträgen müsste sich der Rat auseinandersetzen.

Deswegen haben wir uns nach langer Diskussion, auch mit meinen Wuppertaler Kolleginnen und Kollegen, die ich sehr genossen habe, die sehr tiefgreifend war, entschieden, uns der Forderung der LAGA anzuschließen, nur noch Integrationsräte zuzulassen. An der Stelle steht die Freiheit der kommunalen Selbstverwaltung der Kommunen gegen die Freiheit der Migrantinnen und Migranten, ihr Modell selber zu bestimmen. In der Abwägungsfrage haben wir uns für die Freiheit der Migrantinnen und Migranten entschieden, um in den Kommunen mehr Partizipation auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Wir gehen davon aus, dass die Integrationsrätinnen und -räte ihr Mandat dann ernst nehmen, dass sie es als Verpflichtung verstehen, mündig genug sind, entsprechende Anträge in die Räte der Städte einzubringen, und damit auf Augenhöhe agieren.

Sie haben zu Recht angesprochen, dass es gut wäre, wenn die Migrantinnen und Migranten, um die es geht, Teil der politischen Regelstrukturen wären. Ich fände das auch richtig. Nur, die Wirklichkeit spricht eine ganz andere Sprache. In den Räten in Nordrhein-Westfalen sind kaum Migrantinnen und Migranten aktiv. Schlimmer noch, es gibt kein kommunales Wahlrecht. Das heißt, Drittstaatsangehörige können nicht über die Parteien für die Räte kandidieren. Solange dieser Mangel besteht, solange es in den Kommunen keine vernünftige politische Partizipation über die Parteien gibt, halte ich die Integrationsräte für ein geeignetes Mittel, um sich vorwärtszuentwickeln, um Partizipation in den Kommunen, da, wo die Menschen leben, möglich zu machen und zu verbessern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In der Diskussion ist immer wieder der Punkt aufge-taucht, dass die Ausschüsse doch so gut mit den Städten zusammenarbeiten. Das ist aber nicht überall so, auch bei den Integrationsräten nicht. Deswegen kann man das nicht als Argument verwenden und sagen: Weil sie so gut zusammenarbeiten, spielt die Struktur der Ausschüsse überhaupt keine Rolle. So würde ich das nicht betrachten. An der guten Zusammenarbeit zwischen Rat und Ausschuss und an der Gelingensbedingung wird sich überhaupt nichts ändern, nur weil etwas mehr Migranten als Ratsmitglieder im Ausschuss sind. Wenn es die Gelingensbedingung vor Ort gibt, heißt das doch, dass die Politik die Integrationsräte ernst

nimmt. Wenn das so ist, dann nimmt sie sie als Räte oder als Ausschüsse ernst. Daher würde es nichts bringen.

Ich wünsche den zukünftigen Integrationsräten auf jeden Fall viel Glück bei der Arbeit, viel Ernsthaftigkeit und einen tollen Wahlkampf. Ich freue mich auf die Kommunalwahlen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die FDP-Fraktion – nicht so schnell, Herr Kollege – erteile ich Herrn Abgeordneten Stamp das Wort. Bitte schön.

(Minister Ralf Jäger: Die FDP versucht, ihrer Zeit voraus zu sein!)

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident, lieber Innenminister, wir versuchen, unserer Zeit voraus zu sein. Es ist sehr nett, dass Sie das so sagen.

Ich wäre froh gewesen, Sie wären bei diesem Gesetzgebungsverfahren in time gewesen. Denn dafür, dass Sie hier Johannes Rau mit Zitaten bemühen und erzählen, wie wichtig Ihnen dieses Gesetz ist und wie stark die Integrationsräte aufgewertet werden müssen, kommt dieses Gesetz reichlich spät. Die Wahlen sollen schließlich im Mai stattfinden.

(Beifall von der FDP)

Ich habe das im Ausschuss vor mehr als einem Jahr angemahnt. Damals haben Sie vertagt und geschoben.

Meine Damen und Herren, die viel beschworene gemeinsame Integrationspolitik – das habe ich schon in der vergangenen Sitzung gesagt – gibt es mittlerweile nur noch in Sonntagsreden. Wir haben es bei den kommunalen Integrationszentren erlebt, wo wir nicht beteiligt wurden, man Lösungen gefunden hat, die nicht der Individualität der Kommunen entsprechen. Jetzt erleben wir es wieder bei der Abschaffung der Integrationsausschüsse:

Es gibt zahlreiche Kommunen, und die kommunale Familie hat es in der Anhörung deutlich gemacht, betroffene Migranten aus den Integrationsausschüssen haben es auch deutlich gemacht und händeringend darum gebeten, dass man diese effiziente Form der Integrationsausschüsse vor Ort als Möglichkeit beibehält.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie das einfach beiseite wischen. Wir haben – ich sagte es bereits – eine Anhörung gehabt. Sie folgen alleine dem Votum der LAGA. Sie folgen alleine Ihrem sozialdemokratischen Freund Keltek, gegen dessen Lebensleistung ich nichts einzuwenden habe, sondern – im Gegenteil – vor der ich sehr viel Respekt habe. Dennoch sage ich: Es kann nicht sein, dass die

LAGA die allein selig machende Integrationsorganisation in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, bitte entschuldigen Sie. Herr Kollege von Grünberg würde Ihnen gerne eine Frage stellen. Lassen Sie die zu?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ja, gerne.

Bernhard von Grünberg (SPD): Herr Kollege Stamp, können Sie zur Kenntnis nehmen, dass erstens das Integrationsgesetz und die kommunalen Integrationszentren auch mit Stimmen der FDP verabschiedet worden sind und dass das natürlich in der Frage der Verwaltungsdurchführung, das heißt die Gespräche mit den Kommunen, keine parlamentarische Arbeit ist und weder die FDP noch die SPD dort einbezogen sind? Das sind tatsächlich verwaltungstechnische Arbeiten. – Deswegen verstehe ich Ihren Hinweis gar nicht.

Zweitens ist „die LAGA“ nicht „Herr Keltek“, sondern die Repräsentanz der gewählten Integrationsräte. Deswegen ist sie ein wichtiger Partner, der die Migranten sprechen lässt.

Es kann deshalb nicht darauf ankommen, dass der eine oder andere sagt, das hätte ich lieber so nicht.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Lieber Herr Kollege von Grünberg. Das waren schon mindestens zwei Fragen.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Genau! Zwei Fragen! Aber ich glaube ...)

Ich glaube, Herr Kollege Stamp hat genug für seine Antwort. – Bitte.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident, vielen Dank. – Herr von Grünberg, vielen Dank für diese Art Kurzintervention. Selbstverständlich weiß ich, dass wir das Gesetz gemeinsam beschlossen haben.

Aber wenn wir in der Ausführung etwas kritisieren, wird das immer nur beiseite gewischt und in Sonntagsreden erzählt, wir würden alles gemeinsam machen. Ich habe es schon beim letzten Mal gesagt: Ich hänge nicht am Fliegenfänger für Ihre Integrationspolitik.

Deswegen sage ich es hier auch noch einmal ganz deutlich, was die LAGA angeht: Sie sagen, das sei das Gremium, das die entsprechende Legitimation mitbringe. Schauen Sie sich die Wahlergebnisse der Integrationsräte und das Delegiertensystem an, kann ich sagen: Die Legitimation ist überschaubar.

Es ist eben so, dass sich viele Migrantinnen und Migranten in den Kommunen von den Integrationsräten nicht angesprochen fühlen. Es gibt viele, die sagen: Die Integrationsausschüsse werden von den Räten viel ernster genommen, dort findet eine ganz andere Integrationspolitik auf Augenhöhe statt!

Wenn Sie sich unseren Änderungsantrag anschauen, werden Sie feststellen, dass wir auch den Vorschlag gemacht haben, die Integrationsausschüsse weiterzuentwickeln. Stellen Sie es aber bitte nicht so dar, als seien die Integrationsräte das einzig legitimierte und einzig selig machende Gremium. Das entspricht einfach nicht den Tatsachen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich habe es gesagt: Wir hätten uns gewünscht, mehr Zeit zu haben, diesen Gesetzentwurf gemeinsam vernünftig zu entwickeln. Sie haben darauf keinen Wert gelegt. Auch vor der Debatte haben wir es gesagt, und ich habe mit Kollegen gesprochen. Dabei wurde mir schon angedeutet, dass es eigentlich relativ egal sei, ob wir Änderungsanträge stellen oder nicht. Wir haben das trotzdem gemacht, weil wir unseren konstruktiven Beitrag leisten wollen, dass die Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in der Kommune besser wird, dass sie vor allem weiterhin ein Wahlrecht zwischen Integrationsausschüssen und Integrationsräten haben. Das ist das, was sich die kommunale Familie wünscht. Das ist das, was sich die meisten Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen wünschen. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Stamp. – Für die Piratenfraktion spricht als nächste Rednerin Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Auch wenn wir das vorliegende Gesetz befürworten, wehre ich mich doch stringent dagegen, dass wir irgendeinem Lager zuzuordnen sind. Mir ist es völlig egal, in welchem Lager Herr Keltel ist oder wie auch immer.

Wir haben uns aufgrund der Faktenlage und der Logik, die in diesem Gesetz liegt, für dieses Gesetz entschieden. Wir haben hier eine einheitliche strukturelle Lösung, indem wir sagen: Wir machen es einheitlich, sodass es nur noch Integrationsräte gibt, aber keine Integrationsausschüsse mehr. Diese Ausschüsse können funktionieren und funktionieren vielleicht auch in einzelnen Kommunen. Aber das hat mir viel zu viel mit Sympathien und Antipathien zu tun.

Herr Dr. Stamp, Sie haben mehrfach betont, dass den Ausschüssen mehr Gewicht beigemessen wird.

Was für ein integrationspolitisches Zeichen ist es, wenn das Gremium, in dem immer ein Ratsmitglied den Vorsitz hat und die Ratsmitglieder im Gegensatz zu den Ausländern immer die Mehrheit haben, mehr Gewicht bekommt? – Ich finde das als Zeichen einfach fatal.

(Beifall von den PIRATEN und Jutta Velte [GRÜNE])

Ich habe gehört, dass man in Remscheid auch davon weg will. Dementsprechend bin ich froh, dass wir zu einer Einheit kommen.

Im CDU-Antrag ist zu lesen: Wir haben das Problem gelöst und sagen: Auch in Ausschüssen kann ein Ausländer Vorsitzender werden.

Was Sie jedoch nicht ändern, sind die Mehrheitsverhältnisse. Also ist dadurch nichts gut und gelöst. Über die Spätaussiedler wurde gerade schon gesprochen. Auch hier ist keine Veränderung nötig, da diese durch die Mehrstaatlichkeit schon im vorgelegten Gesetz sind.

Im Grunde ist es ein gutes Zeichen für Integration. Wir haben jetzt den gemeinsamen Wahltermin mit den Kommunalwahlen. Überall sind die Integrationsräte, der Landesintegrationsrat aufgerufen, für diese Wahlen jetzt zu werben, und gerade diejenigen, die vorher keine Berücksichtigung fanden, woran nicht gedacht wurde, zum Beispiel die Staatenlosen, einzuladen, an dieser Wahl teilzunehmen. Auch das Wahlgeheimnis ist jetzt durch die Möglichkeit der zentralen Auszählung gesichert.

Letztendlich bin ich froh – ich finde, Sie alle sollten auch froh sein –, dass wir den Fehler in dem Gesetz noch gefunden haben, dass nämlich durch die neue Formulierung, dass ausländische Staatsbürger wahlberechtigt sind, wir plötzlich die Staatenlosen gar nicht mehr im Gesetz hatten.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Danke, Herr Körfges.

Auch das Problem haben wir jetzt geheilt. Mit dem gemeinsamen Änderungsantrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben wir nun das Rundum-Sorglos-Paket: Wir haben die Mehrstaatlichen, die Staatenlosen und die normalen ausländischen Staatsbürger im Gesetz. Dementsprechend ist nun alles gut. Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir können stolz sein auf diesen Gesetzentwurf, zum einen, weil er den vielen Wünschen des Landesintegrationsrats entgegenkommt, zum anderen, weil ich glaube, dass dieser Gesetzentwurf ein wichtiges Symbol enthält, nämlich ein klares Signal an die Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen: Wir sorgen dafür, dass eure Rechte vor Ort effektiver genutzt werden können. Wir sorgen dafür, dass es eine effektive Teilhabe am demokratischen Meinungsbildungsprozess geben kann.

Meine Damen und Herren, nichts anderes erreichen wir mit dem Wegfall der Integrationsausschüsse. Ich weiß, wir waren gemeinsam in der Anhörung bzw. haben das Protokoll ausgewertet. Wir müssen feststellen: Ja, es gibt auch Kommunen, in denen dieses Modell funktioniert hat, in denen Ratsmitglieder und Migrantenvertreter in den Ausschüssen Hand in Hand gearbeitet haben.

Aber, meine Damen und Herren, zur Lebenswirklichkeit gehört auch, dass es ganz viele Gemeinden gibt, in denen dieses Modell gescheitert ist, in denen die Interessen der Migranten nicht den Stellenwert hatten, der ihnen zuzubilligen ist. Diesem Zustand bereiten wir ein Ende.

Was die Gemeinden angeht, die Integrationsausschüsse haben, stelle ich fest: Wer vorher schon gut in diesen Ausschüssen Hand in Hand gearbeitet hat, der wird dies auch mit Hilfe der Integrationsräte tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin den regierungstragenden Fraktionen sehr dankbar für den Änderungsantrag, weil er Klarheit schafft, Klarheit, was das Wahlverfahren am Wahltag selbst angeht. Frau Brand, Sie haben darauf hingewiesen: Europawahl, Kommunalwahl und Wahl zu Integrationsräten an einem Tag. Mit diesem Änderungsantrag ist die Möglichkeit geschaffen worden, die Stimmen an einem zentralen Punkt auszuzählen. Insgesamt glaube ich, dass damit auch die Wahlbeteiligung zu steigern ist. Frau Brand hat auch zu Recht darauf hingewiesen, dass er Klarheit schafft, dass auch Staatenlose, aber auch Deutsche mit Mehrstaatlichkeit an diesen Wahlen teilnehmen können.

Mein Kollege Sven Wolf hat zu Recht darauf hingewiesen: Diese Form der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der Kommunalpolitik hat eine Geschichte. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit Johannes Rau, der 1994 die Ausländerbeiräte eingeführt hat. Ich glaube, es ist ein guter, ein wichtiger Schritt, dies weiterzuentwickeln. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/4641. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen den Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 16/4641** abgelehnt.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/4653. Ich darf erneut fragen, wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung erteilen möchte. – Das sind die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/4653** abgelehnt.

Ich lasse drittens abstimmen über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3967. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in Drucksache 16/4569 – Neudruck –, den Gesetzentwurf Drucksache 16/3967 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/4569 – Neudruck – angenommen** und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/3967 in zweiter Lesung verabschiedet**.

Ich rufe auf:

10 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek Medizin“

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3527

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Drucksache 16/4597

zweite Lesung

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen somit unmittelbar zur Abstimmung. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung empfiehlt in Drucksache 16/4597, den Gesetzentwurf Drucksache 16/3527 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen.